Ungarischer Vorentwurf zu einem Gesetz über das Verfahren in Strafsachen von Jugendlichen.

Von Dr. Erich Heller, Senatsnotar an der königl. Tafel in Bhr.

Die Reformbewegung, welche der Strafrechtspflege ein neues Gebiet: das Jugendstrafrecht eröffnet hat, hat in Ungarn rasch Fuß gefaßt. Im Jahre 1910 traten die auf die jugendlichen Verbrecher bezüglichen Bestimmungen der 1908 Gesetzeskraft erlangten Strafgesetznovelle ins Leben und nun ist seitens der Regierung ein Vorentwurf bezüglich das Verfahren in Strafsachen von Jugendlichen veröffentlicht worden, der von der juristischen öffentlichen Meinung im allgemeinen günstig aufgenommen wurde und somit zur Hoffnung berechtigt, daß er binnen absehbarer Zeit, wenn zwar auch nicht ohne wesentlichen Änderungen, zum Gesetz erhoben wird.

Seit die jugendlichen Verbrecher durch die Strafgesetznovelle von den allgemeinen Bestimmungen des Strafgesetzbuches ausgenommen wurden und für sie ein besonderes Strafrechtssystem geschaffen wurde, fühlt die Rechtspflege in Ungarn immer mehr und mehr das Bedürfnis, auch die Strafprozeßnormen hinsichtlich der Jugendlichen abzuändern, beziehungsweise für sie eine besondere Strafprozeßordnung zu schaffen. Denn abgesehen davon, daß der Geist des Jugendstrafrechts mit dem ganzen Wesen der allgemeinen Strafprozeßordnung nicht in Einklang zu bringen ist, da es die Berücksichtigung ganz besonderer Grundsätze erheischt, fehlt es sehr vielen Bestimmungen der Strafprozeßordnung an Biegsamkeit, um sie den Institutionen des Jugendstrafrechts, das ja im Jahre 1896, als die Strafprozeßordnung geschaffen wurde, noch gar nicht existierte, anzupassen. In den Einführungsverordnungen zu den Bestimmungen der Strafgesetznovelle betreffend die jugendlichen Verbrecher, wurde zwar dafür Sorge getragen, daß die Anordnung der dem Strafgesetzbuche fremden Institutionen ermöglicht werde, diese Verordnungen konnten aber dem Bedürfnisse an entsprechenden Prozeßnormen nicht Genüge tun, da ja durch die in Rechtskraft bestehende Strafprozeßordnung der

Regierung insofern die Hände gebunden waren, daß die Bestimmungen der Verordnungen gegen die des Gesetzes nicht verstoßen dürften.

Das allgemeine Bedürfnis, das dem Fehlen an entsprechenden prozessualen Bestimmungen entsprang, schuf binnen kurzer Zeit eine ziemlich rege Fachliteratur, die sich mit den Fragen der zu schaffenden Prozessualbestimmungen befaßte. So wurden denn dem nun vorliegenden Gesetzborentwurf die Wege rasch geebnet, da durch literarische Arbeiten nicht nur in den wichtigsten Fragen, sondern auch in vielen Einzelheiten schon Stellung genommen wurde.

Die schon vorhandenen literarischen Arbeiten bildeten die Grundlage zum Borentwurfe, dessen Rahmen schon durch die materialrechtlichen Bestimmungen der Strafgesetznovelle gegeben war. Die ausländischen Entwürfe und Gesetze ähnlichen Inhalts wurden eben deshalb und auch darum wenig berücksichtigt, da die Beschaffenheit der ungarischen Gerichte zur Übernahme der meisten ausländischen Jugendgerichtsinstitutionen nicht geeignet ist.

Um auf die Darstellung der grundlegenden Bestimmungen des Borentwurfs überzugehen, ist vor allem darauf hinzuweisen, daß er die Einführung der Institution der speziellen Jugendrichter als Einzelrichter plant. Die Jugendgerichtsbarkeit soll aber nicht ausschließlich in die Hände des Einzelrichters gelegt werden, deren Wirkungskreis durch den innerhalb gewisser Grenzen aufrechterhaltenen Wirkungskreis der Straffenate beschränkt wird. Nach den diesbezüglichen Bestimmungen des Borentwurfs soll nämlich bei jedem Gerichtshof (Kollegialgericht erster Instanz), sowie bei jedem außer dem Sitze des Gerichtshofes befindlichen Bezirksgericht je ein Jugendrichter designiert werden. Die Kompetenz des beim Gerichtshof wirkenden Jugendrichters würde sich auf diejenigen Strafsachen der Jugendlichen erstrecken, welche laut der Strafprozeßordnung zur Kompetenz des Gerichtshofes, sowie des am Sitze desselben befindlichen Bezirksgerichtes gehören, während diejenige des beim Bezirksgerichte wirkenden Jugendrichters sich bloß auf den Sprengel des Bezirksgerichtes beschränken würde. Was die Realkompetenz der Jugendrichter betrifft, so würde sich diese der Regel nach auf alle zur Kompetenz der königlichen Gerichte gehörenden Strafsachen, außerdem auf einige tagativ bezeichnete, übrigenfalls zur Kompetenz der Polizeigerichte gehörenden Übertretungen, auf die von den Polizeigerichten auf Grund des § 67 (i. unten) überwiesenen Strafsachen, schließlich auf einige Übertretungen der Eltern, Vormunde, Kuratoren und zur Aufsicht be-

fugter Personen erstrecken, welche durch Vernachlässigung oder Mißbrauch der den erwähnten Personen anvertrauten Jugendlichen begangen werden. (§ 1.) Dieser Kompetenzkreis wäre insofern beschränkt, daß der Jugendrichter in einigen Fällen verpflichtet wäre, die Strafsache einem andern gerichtlichen Organe zu überweisen, und zwar, wenn er die Erkennung auf Gefängnis oder Staatsgefängnis in der Dauer von mehr als einem Jahre für angezeigt findet, wenn der im Zeitpunkte der Tat über fünfzehn Jahre alte Jugendliche einer Handlung beschuldigt wird, die laut dem Gesetze durch Todes- oder mehr als fünfjähriger Zuchthausstrafe gestraft wird, wenn der Beschuldigte außer der in jugendlichem Alter begangenen Tat auch einer nach dem vollendeten 18. Jahre begangenen Tat beschuldigt wird, schließlich, wenn es sich um eine in den Kompetenzkreis des Schwurgerichtes gehörige Handlung handelt, die im Wege der Presse begangen worden ist. In den drei ersten Fällen wäre das zum Verfahren kompetente Gerichtsorgan der Appellationsssenat der Strafsachen Jugendlichen (§ 37), im letzten Fall aber das Schwurgericht. (§ 32.)

Was die Kompetenz in Übertretungssachen anbelangt, so überläßt der Vorentwurf in diesen die Gerichtsbarkeit den Polizeigerichten, außer den im § 1 den Jugendrichtern zugewiesenen Übertretungen, und zwar der Landstreicherei und Bettelei.

Die Anwendung des Einzelrichtersystems entspricht dem in der Literatur zum Ausdruck gelangten allgemeinen Wunsche, und hat seinen Ursprung jener Erwägung zu verdanken, nach welcher der Einzelrichter sich mit dem Jugendlichen unmittelbarer verständigen kann, als das Kollegialgericht, und daß auch das Verfahren viel formloser durchgeführt und jegliche Feierlichkeit vermieden werden kann. Das gemischte System des Vorentwurfs aber, nach welchem die Gerichtsbarkeit unter den Einzelrichtern und den Strafsenaten geteilt ist, tut dieser Erwägung nur halbwegs Genüge, indem er diese hinter einen andern Standpunkt zurücksetzt. Der in der Begründung dargelegte Gedanke, dem diese Art der Regelung entspricht, ist nämlich der, daß bei strafbaren Handlungen schwererer Art das Kollegialgericht mehr Beruhigung bietet, als der Einzelrichter. Abgesehen davon, daß in diesem Standpunkt ein ganz ungerechtfertigtes Mißtrauen den Einzelrichtern gegenüber enthalten ist, kann diese als Begründung des gemischten Systems nicht bestehen, da ja in den Strafsachen Jugendlichen nicht die Schwere der Tat, sondern die Individualität des Täters maßgebend ist.

Von den Bestimmungen, die sich auf das Verfahren selbst beziehen, muß vor allem hervorgehoben werden, daß zur Einleitung des Verfahrens in allen Fällen der Jugendrichter befugt ist, dem auch die bei einer andern Behörde erstatteten Anzeigen zu übermitteln sind. (§ 6.) Der Jugendrichter kann auch diejenigen Strafsachen, welche seine Kompetenz überschreiten, nur nach der Beschaffung der notwendigsten Angaben und Vollendung der unaufschiebbaren Verfügungen der kompetenten Behörde überweisen. (§ 8.) In Strafsachen, welche in seinen Kompetenzkreis fallen, ist die Aufgabe des Jugendrichters das zur Feststellung des Tatbestandes und zur Beurteilung der Individualität, sowie der intellektuellen und moralischen Entwicklung des Jugendlichen erforderliche Material zu beschaffen. Zur Erfüllung dieser Aufgabe steht ihm das Recht zu, den Jugendlichen selbst, sowie, wenn es ohne größere Schwierigkeit angeht, dessen gesetzlichen Vertreter oder Eltern vorzuladen, eventuell unmittelbar oder durch Vermittlung des Fürsorgers, das Gutachten des Seelsorgers, des behandelnden Arztes, der Schulbehörde, beziehungsweise der mit den Jugendlichen sich befassenden Vereine und Institute zu beschaffen. (§ 9.) Dem Jugendrichter steht übrigens der Rechtskreis des Untersuchungsrichters zu. (§ 15.) Die Untersuchungshaft wird vom Vorentwurf bezüglich der Jugendlichen aufgehoben, doch kann der Jugendliche während des Verfahrens in einem abgesonderten Raum des Gefängnisgebäudes in Aufsicht gehalten werden.

Von großer Tragweite ist diejenige Bestimmung des Vorentwurfs, wonach der Jugendrichter auch ohne formale Verhandlung das Verfahren durch einen Beschluß beenden kann. Dieser Endbeschluß kann die folgenden Verfügungen enthalten. Vor allem können außer Gefängnis-, Staatsgefängnis- und Arreststrafe alle im Sinne der Strafgesetznovelle gegen Jugendliche anwendbare Verfügungen in Anwendung gebracht werden. Wenn der Jugendliche ein mit Geldstrafe zu bestrafendes oder ein anderes weniger schweres Vergehen oder eine Übertretung begangen hat, so kann, wenn das vom Standpunkte des zukünftigen Betragens und der moralischen Entwicklung des Jugendlichen für wünschenswert erscheint, und zwar auch in dem Falle, daß der zur Strafbarkeit erforderliche intellektuelle und moralische Entwicklungsgrad vorhanden ist, der Jugendliche seinen Angehörigen mit der Ermahnung zurückgegeben werden, daß sie zukünftig auf ihn besser achten sollen, oder kann er in einem entsprechenden Raum des Gerichtsgebäudes in den Tagesstunden in der Dauer von drei

bis zwölf Stunden in Aufsicht genommen werden, wobei die Verköstigung beschränkt oder gänzlich entzogen werden kann, oder kann schließlich, falls die begangene Tat ganz unbedeutend ist, von jedweder Verfügung abgesehen werden. (§ 16.) In Strafsachen solcher Jugendlichen, die unter der Vollstreckung einer Freiheitsstrafe stehen, oder gegen die Besserungserziehung vollzogen wird, kann der Jugendrichter im Endbeschluß eine durch den Anstaltsdirektor zu vollstreckende und den Anstaltsregeln entsprechende Disziplinarstrafe anordnen. (§ 17.)

Hervorzuheben ist auch die Rolle des öffentlichen Anklägers im Vorentwurfe. Danach muß auch die Vertretung der Anklage den Händen eines besonderen Staatsanwaltes anvertraut werden, der die Strafsachen in jedem Stadium der Strafsache zur Einsicht verlangen und Anträge machen kann. (§ 20.) Zur Aufgabe des Staatsanwaltes gehört es auch den Antrag zur Verhandlung zu stellen. Die Anklage kann ausschließlich nur durch den Staatsanwalt vertreten werden, Privatanklage kann also nicht stattfinden. (§ 22.) Der Staatsanwalt kann außer den in der Strafprozeßordnung vorgesehenen Fällen die Vertretung der Anklage auch dann abweisen, wenn seiner Überzeugung nach bei dem Jugendlichen bei der Begehung der Tat der zur Strafbarkeit erforderliche moralische und intellektuelle Entwicklungsgrad nicht vorhanden war, oder die Tat so unbedeutend war, daß vom Standpunkte der zukünftigen Führung des Jugendlichen keine der anwendbaren Verfügungen für wünschenswert erscheint. Der Richter kann aber auch in denjenigen Fällen, wenn der Staatsanwalt die Vertretung der Anklage nicht übernimmt, Erziehungsmaßregeln im Sinne der §§ 16 und 17 treffen, vorausgesetzt, daß die hierzu erforderlichen übrigen Bedingungen vorhanden sind. (§ 22.)

Zur Verteidigung soll bei der Verhandlung noch nicht 18jähriger Jugendlicher, falls sie keinen Vertreter haben, von Amts wegen ein Verteidiger bestellt werden, der aus der Reihe der hierzu sich meldenden Rechtsanwälte, Rechtsanwaltssubstituten, Rechtsanwaltspraktikanten, Gerichtsnotare oder anderer geeigneter Personen gewählt wird; auch kann hierzu der Fürsorger bestellt werden. (§ 23.)

Der Vorentwurf sieht ferner vor, daß die Verhandlungen der Strafsachen Jugendlicher von denjenigen anderer Personen abge-sondert werden (§ 24) und daß die Öffentlichkeit nach freiem Ermessen des Richters ausgeschlossen werden kann. (§ 25.) Als spezielles Moment der Verhandlung muß auch der Vorladung und des Verhörs des

gesetzlichen Vertreters, eventuell des statt diesen vorzuladenden Angehörigen des Jugendlichen gedacht werden. Das den Angehörigen des Angeklagten im Sinne der Strafprozeßordnung zustehende Recht zur Verweigerung der Zeugenaussage wird durch den Vorwurf gegenüber den zu verhörenden Angehörigen betreffend die zur Feststellung der Individualität, des intellektuellen und moralischen Entwicklungsgrades sowie der Lebensverhältnisse des Jugendlichen aufgehoben. Diejenige Bestimmung der Strafprozeßordnung aber, nach welcher der Zeuge die Aussage verweigern kann, wenn durch diese für ihn oder seinen Angehörigen ein beträchtlicher Schaden erwachsen oder diese seine oder seines Angehörigen Ehre offenbaren würde, wird auch vom Vorwurf aufrecht erhalten. (§ 27.) Außer der Feststellung der Sachlage soll die Verhandlung sich auch auf die Besprechung der zu treffenden Verfügung erstrecken, weshalb der öffentliche Ankläger sich auch über die nach seiner Meinung geeignetste Verfügung äußern soll. (§ 29.) Die Erkennung auf eine Gefängnis-, Staatsgefängnis- oder Arreststrafe, sowie die Freisprechung des Angeklagten wird vom Richter durch Urteil, die Anordnung einer Erziehungsmaßnahme oder die Einstellung des Verfahrens aber durch Beschluß verfügt. (§ 30.)

In den Strafsachen, die der Jugendrichter im Sinne des § 32 (s. oben) an den Strafsenat leitet, sind außer einigen speziellen Regeln, die für das Verfahren vor dem Jugendrichter gültigen Bestimmungen maßgebend. (§ 40.) Von den besonderen Regeln ist zu erwähnen, daß als Untersuchungsrichter der Jugendrichter fungieren muß, außer wenn die Strafsache des Jugendlichen mit derjenigen eines Erwachsenen in untrennbarem Zusammenhang steht (§ 35), daß zur Verhandlung in Rechtsachen noch nicht achtzehnjähriger Angeklagter ein öffentlicher Verteidiger aus der Reihe der Rechtsanwälte oder Rechtsanwaltsstellvertreter bestellt werden muß (§ 34), daß der Anklagesenat das Recht hat, falls die Anwendung einer Erziehungsmaßnahme für genügend erscheint, nach den für notwendig erscheinenden Untersuchungshandlungen, eventuell nach Anhören des Staatsanwalts, des gesetzlichen Vertreters oder der statt diesen vorzuladenden Person dieselben Verfügungen zu treffen, zu denen der Jugendrichter befugt ist, und somit die Strafsache mittels Endbeschluß zu beendigen. (§ 36.)

Um die für die Zukunft des Jugendlichen geeignetste Verfügung in endgültiger Form je eher treffen und somit den Jugendlichen von

den schädlichen Einwirkungen seiner Umgebung je eher befreien zu können, muß das Verfahren je mehr vereinfacht und verkürzt werden. Diesem Erfordernis sucht der Vorentwurf dadurch gerecht zu werden, daß er statt des komplizierten Rechtsmittelsystems der Strafprozeßordnung ein bedeutend vereinfachtes Rechtsmittelsystem einführt.

Das Rechtsmittel der Berufung wird zwar aufrecht erhalten und sogar auf die Endbeschlüsse ausgedehnt (§ 41), das Gebiet der Nichtigkeitsbeschwerde wird aber beträchtlich eingeengt dadurch, daß dieses Rechtsmittel gegen Urteile und Endbeschlüsse zweiter Instanz nicht in den zahlreichen Nichtigkeitsfällen der Strafprozeßordnung, sondern nur aus dem Grunde eingelegt werden kann, daß bei der gegenüber dem Jugendlichen getroffenen Verfügung die durch das Gesetz vorgesehenen Rahmen überschritten worden sind (§ 48), ferner dadurch, daß gegen Urteile des Schwurgerichtes die Nichtigkeitsbeschwerde auch nur aus dem einzigen Grunde eingelegt werden kann, daß das Urteil bezw. der Endbeschluß das Gesetz verletzt oder dem Interesse des Jugendlichen nicht entspricht.

Im wesentlichen Maße wird das Gebiet beider Rechtsmittel dadurch verringert, daß in dem Falle, wenn seitens der Anklagebehörde kein Rechtsmittel eingelegt wird, die übrigen Berechtigten nur dann ein Rechtsmittel einlegen können, wenn auf Besserungserziehung, Gefängnis-, Staatsgefängnis- oder Arreststrafe erkannt worden ist (§ 43, letzter Absatz), daß ferner gegen die Beschlüsse des Appellationsssenats der Jugendlichen nur seitens der Anklagebehörde eine Nichtigkeitsbeschwerde eingelegt werden kann.

Die Berufung soll durch den speziell für die Strafsachen der Jugendlichen errichteten Appellationssenat der Regel nach ohne Verhandlung, aber nach Einvernahme des öffentlichen Anklägers, sowie womöglich des Jugendlichen und seines gesetzlichen Vertreters erledigt werden. Eine Verhandlung soll nur dann stattfinden, wenn der Appellationssenat statt der durch die erste Instanz getroffenen Verfügung die Anwendung einer Gefängnis-, Staatsgefängnis- oder Arreststrafe für statthaft erachtet, oder wenn es zur Feststellung des Tatbestandes oder auch aus irgend einem andern Grunde für wünschenswert erscheint. (§ 45.) Die der Verhandlung zuge dachte untergeordnete Rolle ist keineswegs übereinstimmend mit dem vom vorjährigen ungarischen Juristentag geäußerten allgemeinen Wunsch, daß im Appellationsverfahren dem Erfordernis der Mündlichkeit und Unmittelbarkeit größere Bedeutung zugemessen werden muß,

als in der gültigen Strafprozeßordnung. Um so eigenartiger ist es, daß nach § 49 die Nichtigkeitsbeschwerde immer nach abgehaltener Verhandlung erledigt werden soll.

Das Rechtsmittel soll auf die Vollstreckung der betreffend des Jugendlichen getroffenen Verfügung keine aufschiebende Wirkung haben, außer wenn der Jugendrichter die Aufschiebung der Vollstreckung im Interesse des Jugendlichen für wünschenswert erachtet. (§ 42, zweiter Absatz.)

Sehr zweckmäßige Bestimmungen enthält der Borentwurf hinsichtlich der Vollstreckung der gegen die Jugendlichen anwendbaren Verfügungen. Zumal die Stellung unter Bewährung wird durch den Borentwurf zu einem den Erfordernissen des Lebens angepaßten Rechtsinstitut entwickelt, dadurch, daß dem Jugendrichter selbst die Aufsicht des Jugendlichen anvertraut wird, dem aber die mit der Fürsorge des Jugendlichen betraute Person zur Seite steht. (§ 53.) Falls der unter Bewährung gestellte gegen die für die Bewährungsfrist vorgeschriebenen Verhaltensmaßregeln verstößt, oder eine strafbare Handlung verübt, stehen dem Jugendrichter mannigfache Maßnahmen zur Verfügung, von denen die Verlängerung der Bewährungsfrist, die Bestimmung neuer Verhaltensmaßregeln, sowie die Verpflichtung des Jugendlichen zur Meldung vor dem Jugendrichter in bestimmten Zeiträumen der Erwähnung wert sind. (§§ 54—55.) Wegen dieser Verfügungen des Jugendrichters kann, falls die Stellung unter Bewährung aufrecht erhalten wurde, nur die Anklagebehörde ein Rechtsmittel einlegen. (§ 56.)

Die Vollstreckung der Besserungserziehung ist die Aufgabe des Justizministers (§ 57), doch muß der Jugendrichter noch vor der ministeriellen Verfügung, ja sogar bevor der die Besserungserziehung verfügende Beschluß in Rechtskraft erwächst, die unaufschiebbaren Schutz- und Vorbeugungsmaßnahmen treffen. (§ 58.) Die Vollstreckung der Besserungserziehung muß unterlassen werden, wenn der Jugendliche zur Zeit der Einweisung in die Anstalt das achtzehnte Lebensjahr überschritten hat. In diesem Falle kann die Besserungserziehung mit einer Freiheitsstrafe unter einem Jahr ersetzt oder bei leichteren Vergehen und Übertretungen eine im Borentwurfe vorgesehene andere Verfügung getroffen werden. Die mit der Gefängnisstrafe gleichzeitig verordnete nachträgliche Besserungserziehung kann auf Antrag der Aufsichtsbehörde der Jugendlichen erlassen werden, wenn die Führung des Jugendlichen während der Vollstreckung der Strafe

die Vollziehung der Besserungserziehung unnötig erscheinen läßt. (§ 59.)

Betreffend die Zuständigkeit zur Verordnung der nachträglichen Besserungserziehung nach der Urteilsfällung ist derjenige Ort maßgebend, wo der Jugendliche die Gefängnisstrafe verbüßt. Die Verordnung erfolgt auf Antrag der Aufsichtsbehörde der Jugendlichen ohne Verhandlung, jedoch nach Beschaffung des Gutachtens der Staatsanwaltschaft und Verhör des Jugendlichen, seines Verteidigers und, wenn es ohne erhebliche Schwierigkeit angeht, des gesetzlichen Vertreters. (§ 62.)

Bei Kindern, die vor der Vollendung des zwölften Jahres eine strafbare Handlung begehen, besteht die Aufgabe des Jugendrichters bloß darin, daß er nach Beschaffung der auf den Beschuldigten bezüglichen Daten und Feststellung der Tatsachen eine der Strafgesetznovelle entsprechende Verfügung trifft. (§ 63.)

Eine wesentliche Erweiterung des Rechtskreises der Strafgerichtsbarkeit bedeutet der § 64, nach welchem der Jugendrichter auch gegen Jugendliche, die keiner strafbaren Handlung verdächtig sind, Verfügungen treffen kann, falls diese in ihrer Umgebung einer sittlichen Gefahr ausgesetzt sind oder ihr Verkommen zu befürchten ist. Diese Verfügung kann einfach in einer an die Angehörigen des Jugendlichen gerichteten Mahnung bestehen, der Jugendrichter kann aber auch die Entfernung des Jugendlichen aus der für ihn sittlich gefährlichen Umgebung veranlassen, in welchem Falle er den Jugendlichen in eigene Aufsicht nehmen, oder in einem staatlichen Kinderasyl, und, wenn die Anwendung strengerer Erziehungsmaßregeln für geeignet erscheint, in einer Besserungserziehungsanstalt unterbringen kann. Gegen diese Verfügungen des Jugendrichters kann kein Rechtsmittel eingelegt werden. Von grundsätzlicher Bedeutung ist auch die Bestimmung, wonach der Jugendrichter diejenige Person, die seine den Jugendlichen betreffenden Weisungen außer Acht läßt, mit einer durch Arreststrafe ersetzbare Geldstrafe belegen kann. (§ 64.) Raum zu billigen ist diejenige Bestimmung, nach welcher alle diese Verfügungen des Jugendrichters — die Geldstrafe ausgenommen — nur von provisorischer Gültigkeit sind, insofern sie von der Vormundschaftsbehörde aufrecht erhalten oder durch eine andere Verfügung ersetzt werden können. (§ 65.)

Die Strafgerichtsbarkeit der administrativen Behörden als Polizeigerichte in den in ihren Wirkungskreis gewiesenen Übertretungssachen

wird durch den Vorentwurf auch bezüglich der Jugendlichen aufrecht-
erhalten (§ 66), ausgenommen die oben schon erwähnten, dem Jugend-
richter zugewiesenen Übertretungen. Der Rechtskreis der Polizei-
gerichte ist gegenüber demjenigen der Strafgerichte insofern beschränkt,
daß sie auf Gefängnisstrafe nicht erkennen und keine Besserungs-
erziehung anordnen können. Bemerkenswert ist aber, daß der Vor-
entwurf den Polizeigerichten die Anwendung einer Geldstrafe von
einer Krone bis zu hundert Kronen zuläßt (§ 67), eine Bestimmung,
welche mit den Grundsätzen der Strafgesetznovelle, die die Geldstrafe
bei Jugendlichen grundsätzlich vermeidet, keineswegs übereinstimmt
und deshalb seitens der Fachleute seit der Veröffentlichung des Vor-
entwurfes schon mehrfach beanstandet wurde.

Anmerkung. Seit der im Oktober 1912 erfolgten Verfassung der
vorstehenden Arbeit ist, wie das den Lesern dieser Zeitschrift schon aus
der Abhandlung von Emil Harms (Bd. XXXIV S. 715—717) bekannt
ist, der darin behandelte Vorentwurf zum Gesetz erhoben worden, wobei
einige ihrer Bestimmungen abgeändert wurden. Außer den im Nachtrage
der Harms'schen Abhandlung erwähnten Abänderungen finden wir noch
die folgenden der Erwähnung wert:

1. Die Institution der öffentlichen Verteidiger wurde fallen gelassen
und statt dieser ist eine Bestimmung aufgenommen, wonach vom Richter,
falls dies für wünschenswert erscheint, ein Verteidiger bestellt werden
kann (§ 6).

2. Die Privatanlage wurde nicht ausgeschlossen.

3. Auf Geldstrafe kann bei Übertretungen nicht nur vom Polizei-
gericht, sondern auch vom Jugendgericht und vom ordentlichen Gericht
erkannt werden (§§ 31 und 57).